

E 66-NR/XXI. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 2. März 2001

betreffend Verbesserung der sozialen Treffsicherheit

Der Bundeskanzler wird ersucht, zu prüfen,

- 1) ob Bundeskanzler a.D. Mag. Klima durch die während der Bezugsfortzahlung erfolgte Pensionsabfindung die im Bezügebegrenzungs-gesetz festgelegte Obergrenze von Bezügen aus öffentlichen Kassen überschritten hat,
- 2) ob sich daraus ein Rückforderungsanspruch des Bundes gegen Bundeskanzler a.D. Mag. Klima ergibt und zutreffendenfalls umgehend geeignete Maßnahmen zu seiner Geltendmachung zu setzen
und
- 3) ob unter anderem auch unter dem Aspekt der sozialen Treffsicherheit durch die Pensionsabfindung im Hinblick auf den künftigen Bezug der Bundeskanzlerpension eine unzulässige Umgehung des Bezügebegrenzungs-gesetzes bewirkt wird und welche Auswirkungen sich daraus auf den künftigen Pensionsbezug des Mag. Klima, wie z.B. eine Kürzung dieser Pension, ergeben.